

Entschließungsantrag
der Gruppe der PDS/Linke Liste

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksachen 12/5383, 12/5964 —

Haltung der Bundesregierung zu den „Energiekonsensgesprächen“

Die „Energiekonsensgespräche“ zwischen Bundesregierung, Elektrizitätswirtschaft, Industrie, einem Teil der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und Umweltverbänden sind wegen der Unbeweglichkeit des Wirtschaftsblocks in Sachen Atomausstieg gescheitert. Hinzu kamen untaugliche und widersprüchliche Versuche seitens der SPD, auf die Atombefürworter zuzugehen. Nachteilig hat sich auch die Zusammensetzung der Gesprächsrunden zum Energiekonsens ausgewirkt, die nicht gesamtgesellschaftlich repräsentativ waren.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend gesamtgesellschaftlich repräsentative Gesprächsrunden für eine umweltfreundliche, sozialverträgliche und ressourcenschonende Energieversorgung einzurichten, die öffentlich tagen. Hierbei sind nicht nur Parteien und Interessengruppen der Wirtschaft, sondern auch Umweltverbände und Bürgerinitiativen einzubeziehen. Ziel der Gespräche soll die Erarbeitung einer zukunftsweisenden Energiepolitik sein, die nicht den Wirtschaftsstandort Deutschland durch die Gefahren der Nutzung der Atomenergie gefährdet.

Die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“, die eindeutig die Machbarkeit einer Energieversorgung ohne Atomenergie unter Minimierung des Verbrauchs fossiler Energieträger belegen, sind dabei zu berücksichtigen.

Bonn, den 29. Oktober 1993

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

